
Vorsitz: Schweden**893. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 26. September 2018Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 15.30 Uhr2. Vorsitz: Botschafterin U. Funered3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: BEKÄMPFUNG DES
UNERLAUBTEN HANDELS MIT KLEINWAFFEN
UND LEICHTEN WAFFEN– *Vortrag von P. Stenkula, Polizeipräsidentin und Leiterin der
kriminalpolizeilichen Abteilung für die Region Südschweden, Schwedische
Polizeibehörde*– *Vortrag von O. Lindvall, Zollfahndungsbeamter und Leiter des
Zollfahndungsamtes, Region Südschweden, Schwedische Zollbehörde*Vorsitz, P. Stenkula (FSC.DEL/161/18 OSCE+), O. Lindvall
(FSC.DEL/162/18 OSCE+), Österreich – Europäische Union (mit den
Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien,
Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungs-
prozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den
Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island
und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine)
(FSC.DEL/169/18), Vereinigtes Königreich, Slowakei (Anhang 1), Serbien
(Anhang 2), Türkei, Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Schweiz,
Ukraine (FSC.DEL/167/18 OSCE+), Armenien, Malta, Bosnien und
Herzegowina

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/168/18 OSCE+) (FSC.DEL/168/18/Add.1 OSCE+), Österreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/170/18), Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Russische Föderation

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Informelle Unterrichtung über den Fortschritt bei der Umsetzung zweier Projektinitiativen am 3. Oktober 2018 (FSC.INF/35/18 Restr.):* Vorsitz (im Namen des FSK-Koordinators für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn))
- (b) *Zweijährliches Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und über Lagerbestände konventioneller Munition am 2. und 3. Oktober 2018:* Vorsitz
- (c) *Konferenz des OSZE-Vorsitzes „Frauen im Sicherheitssektor: Herausforderungen und Chancen für den OSZE-Raum und darüber hinaus“ am 1. Oktober 2018:* Vorsitz
- (d) *Abschluss eines Projekts zum Kapazitätsaufbau für die Verwaltung von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition und die Gewährleistung ihrer sicheren Lagerung; sowie Vorschlag für ein Nachfolge-Projekt zur Stärkung der Sicherheit von Lagerbeständen und der Reduzierung von Überschüssen durch Überwachung und Zerstörung von SALW (FSC.DEL/163/18/Add.1 OSCE+):* Belarus (FSC.DEL/163/18 OSCE+)
- (e) *Abschluss eines Projekts zur Vernichtung von Raketentreibstoffkomponenten:* Belarus (FSC.DEL/163/18 OSCE+)
- (f) *Unterrichtung über die Militärübung „Trident Juncture 18“, die vom 25. Oktober bis 7. November 2018 abgehalten werden wird:* Norwegen

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 10. Oktober 2018, um 10.00 Uhr im Neuen Saal



893. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 899, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SLOWAKEI

Frau Vorsitzende,

vielen Dank, dass Sie die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen als Thema dieses FSK-Sicherheitsdialogs gewählt haben. Unserer Meinung nach ist dieses Thema nicht nur für das Forum von Bedeutung sondern auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Aufgabe, Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum sicherzustellen.

Wir haben festgestellt, dass die Slowakei im heutigen Vortrag mehrmals erwähnt wurde. In Ergänzung der bereitgestellten Informationen können wir bestätigen, dass wir nach der Änderung der nationalen Rechtsvorschriften 2015 einen fast vollständigen Rückgang der Nachfrage nach Vorprodukten von Waffen in der Slowakei verzeichnet haben. Ferner arbeitete die Landeskriminalbehörde der Polizei der Slowakischen Republik mit Europol, Interpol und einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei der Verbesserung der Sammlung, der Analyse und des Austauschs von Informationen zu unerlaubten Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) zusammen. Dies führte zur Identifizierung und Festnahme von Straftätern und zur Beschlagnahme großer Bestände illegaler Güter in allen EU-Staaten. In diesem Zusammenhang möchten wir der schwedischen Polizei und Zollbehörde für die hervorragende Zusammenarbeit mit uns danken.

Die Slowakei zählte zu den ersten EU-Mitgliedsstaaten, die innerhalb ihrer Landeskriminalbehörde eine sogenannte Kontaktstelle für Schusswaffen eingerichtet hat, die als landesweite Anlaufstelle für Angelegenheiten in Bezug auf illegale SALW dient. Diese spezialisierte Kontaktstelle fungiert als Informationsdatenbank über diese Art von Straftaten, sie steht in direktem Kontakt sowohl mit den entsprechenden Behörden in anderen EU-Mitgliedsstaaten als auch mit internationalen Organisationen (VN, Europol und Interpol) und leistet unmittelbare Hilfestellung bei einschlägigen Ermittlungen.

Wir möchten hinzufügen, dass der kriminelle Markt und die Nachfrager nach illegalen Waffen immer Quellen für den Bezug illegaler SALW finden werden, sei es in Verbindung mit dem unerlaubten Waffenhandel aus Gebieten bewaffneter Konflikts in einzelnen OSZE-Teilnehmerstaaten, der Verwendung von Vorprodukten von Waffen, dem Diebstahl und dem

Missbrauch erlaubter Waffen und ihrer Komponenten oder der innerstaatlichen Herstellung von SALW. Wird eine dieser Quellen ausgeschaltet, wendet sich der Markt automatisch anderen Quellen zu. Deshalb ist es notwendig, Strafverfolgungsbehörden aufzubauen und zu stärken, ihre operativen Fähigkeiten zu verbessern, die internationale Zusammenarbeit auszubauen und Unterschiede in den nationalen Rechtsvorschriften zu minimieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

893. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 899, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Frau Vorsitzende,
Exzellenzen,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Serbien hat sich der Erklärung der EU zu diesem Tagesordnungspunkt angeschlossen. Erlauben Sie mir jedoch, bei dieser Gelegenheit einige Punkte in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Wie andere Delegationen möchte ich die geschätzten Vortragenden im Forum für Sicherheitskooperation herzlich begrüßen und ihnen für ihre interessanten, anregenden Vorträge über die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) danken. Auch dem schwedischen FSK-Vorsitz möchte ich für die Wahl dieses wichtigen Themas danken.

Frau Vorsitzende,

ungeachtet vereinzelter Kriminalfälle von Einzelpersonen leistet Serbien weiterhin den größtmöglichen Beitrag zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW. Ich möchte daran erinnern, dass Serbien während seines FSK-Vorsitzes im letzten Jahr den Anstoß zu Erörterungen über dieses Thema gab, indem es für den Sicherheitsdialog auf der 862. Plenarsitzung des FSK am 20. September 2017 das Thema „Regionale Bemühungen zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen“ wählte. Während seines Vorsitzes gehörte Serbien auch zu den Ländern, die den Ministerratsbeschluss Nr. 10/17 über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition vorschlugen. Neben anderen Fragen behandelt dieser Beschluss auch den unerlaubten Handel mit SALW.

Im Rahmen des Sicherheitsdialogs auf der oben erwähnten FSK-Sitzung wurden gewisse Umstände geschildert, die für die Region und für Serbien selbst eine Belastung darstellen. Es wurde der Schluss gezogen, dass die meisten gehandelten Waffen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien stammen, das heißt gestohlene oder verschwundene Schusswaffen sind, die sich davor in rechtmäßigem Besitz befanden. Der Handel wird

meistens in kleinen Lieferungen vollzogen, wobei das einzige Motiv der Straftäter der materielle Gewinn ist, der auf den erzielbaren Preisdifferenzen für solche Waffen zwischen den Ländern der Region, darunter Serbien, und den Ländern West- und Nordeuropas beruht. Die Straftäter stammen meistens aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens und haben ihren aktuellen Wohnsitz in west- oder nordeuropäischen Ländern.

In Anerkennung der Notwendigkeit eines ganzheitlicheren und besser koordinierten Handelns bei der Lösung von SALW-Fragen in der Region des Westbalkans hat Serbien von Beginn an die von den Geberländern Frankreich und Deutschland gemeinsam eingeleitete Koordinierungsinitiative betreffend den illegalen Handel mit Schusswaffen und die umfassende SALW-Kontrolle unterstützt. Diese Initiative hat in Zusammenarbeit mit Frankreich, Deutschland und der EU zur Ausarbeitung des regionalen Fahrplans mit spezifischen und messbaren Zielen für die Eindämmung des illegalen Handels mit SALW bis 2024 geführt.

Dieses Dokument bildet die Grundlage für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Gebergemeinschaft und den Behörden auf dem Westbalkan. Als Unterstützung dieser Bemühungen und im Einklang mit dem regionalen Fahrplan ist die Unterbindung des illegalen Handels mit SALW bereits Teil des ersten Entwurfs der Nationalen Strategie zur Bekämpfung der Bedrohungen durch schwere und organisierte Kriminalität, die derzeit von Serbien nach der Europol-Methodik entwickelt wird. An einer neuen Strategie für die SALW-Kontrolle in Serbien für den Zeitraum von 2019 bis 2024 wird ebenso gearbeitet wie an einem Aktionsplan für deren Umsetzung. Diese Vorhaben zeigen deutlich, dass Serbien – im Bemühen um die Sicherheit seiner Bürger und die Sicherheit der gesamten Region – die Bekämpfung des illegalen Handels und Schmuggels mit Schusswaffen, Munition und Minensprengvorrichtungen zu einer Priorität gemacht hat.

Ich möchte anmerken, dass Serbien im Februar 2015 sein Gesetz über Waffen und Munition an den EU-Acquis angeglichen hat, so dass es nun strenge Vorgaben für den Besitz und das Tragen von Waffen und Munition enthält. Dieses Gesetz hat die Vorschriften darüber, wer wie mit Waffen umgehen darf, beträchtlich verschärft und dafür die Waffentypen und -kategorien noch genauer festgelegt. Gemäß dem Gesetz müssen alle Waffen in rechtmäßigem Besitz neu registriert werden. Diese Maßnahme wird letztendlich mögliche unbekannt Variablen bei der Anzahl und den Typen von Waffen, die sich im rechtmäßigen Besitz von Bürgern befinden, beseitigen und ungenaue Schätzungen ausschließen.

In Zusammenhang mit dem serbischen Verteidigungsministerium wendet die Militärpolizei gemäß dem Gesetz über die serbischen Streitkräfte polizeiliche Maßnahmen und Handlungen gegenüber Bediensteten des Verteidigungsministeriums und der serbischen Streitkräfte, und in einigen Fällen auch gegenüber Zivilpersonen, an. Die Militärpolizei ist berechtigt, in Fällen tätig zu werden, die serbisches Eigentum betreffen, das sich im Besitz des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte befindet oder von ihnen verwendet wird. Gemäß dem Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Waffen und militärischer Ausrüstung ist das Verteidigungsministerium für die Genehmigung zur Erteilung von Lizenzen für den internationalen Handel mit Waffen und militärischer Ausrüstung zuständig.

Werte Kollegen,

die koordinierte Vorgehensweise des serbischen Innenministeriums auf diesem Gebiet führte zur Beschlagnahme von über 1 880 Stück illegaler SALW sowie von über 47 700 Stück Munition unterschiedlichen Kalibers. Dieser Trend hat sich 2018 mit der Beschlagnahme von über 800 Stück SALW und mehr als 33 900 Stück Munition unterschiedlichen Kalibers fortgesetzt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die internationale Polizeizusammenarbeit mit west- und nordeuropäischen Ländern hervorheben, die auf dem zeitnahen Daten- und Informationsaustausch bei zeitgleichen Polizeiaktionen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW beruht. So zeigen zum Beispiel häufig Daten zu beschlagnahmten Waffen, die von der Firma „Zastava Arms“ in Kragujevac (Serbien) hergestellt wurden, dass diese Waffen ursprünglich aus einer der anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken stammen.

Frau Vorsitzende,

derzeit engagieren sich serbische Polizeibeamte aktiv im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit mit ihren schwedischen Kollegen, um operativ gegen eine Gruppe serbischer und schwedischer Staatsangehöriger vorzugehen, die Waffenschmuggel in Schweden betreibt. Die Zusammenarbeit mit der schwedischen Polizei funktioniert sehr gut und derzeit findet fast täglich ein Austausch statt. Ferner werden operative Daten in Bezug auf gemeinsame Aktionen und bestimmte andere Fälle ausgetauscht.

Vielen Dank, Frau Vorsitzende.